

9. Landesparteitag der Partei DIE Linke Sachsen-Anhalt

Antragsteller:

Dringlichkeitsantrag

Der 9. Landesparteitag möge beschließen:

Die Schule muss im Dorf bleiben! Volksinitiative starten!

Kurze Wege für kurze Beine – diese Forderung nach dem Erhalt aller bestehenden Grundschulen darf nicht dem durch Landespolitik verschuldeten Lehrkräftemangel geopfert werden. Auch Grundschulverbände sind nicht geeignet, Standorte auf Dauer zu sichern, sofern die Grundschule ihre Eigenständigkeit erst einmal verloren hat. Das Schulnetz ist durch die massiven Schulschließungen der letzten 25 Jahre bereits ausgedünnt.

Jede weitere Schulschließung ist deshalb eine zu viel.

Wir stehen vor den Folgen einer jahrzehntelang fehlgeleiteten Bildungspolitik. Kinder und Jugendliche werden um Bildungs- und Lebenschancen gebracht, mit all den negativen gesellschaftlichen Konsequenzen. So darf es nicht bleiben.

Es muss eine grundlegende Änderung dieses Prozesses eingeleitet werden. Künftig müssen die Bedürfnisse der heranwachsenden Generation in der Politik als Priorität behandelt werden. Insbesondere müssen die Startbedingungen verbessert werden.

Der Parteitag lehnt die neuerlichen Pläne von Landesregierung und CDU-Bildungsministerin zu einer drastischen Erhöhung der Zahl von Schülerinnen und Schülern für die Bildung einer Anfangsklasse und die Erhöhung des tradierten Klassenteilers von bisher 28 Schülerinnen und Schülern entschieden ab.

Der Parteitag fordert die Landtagsfraktion auf, alle parlamentarischen Möglichkeiten zu nutzen, eine Umsetzung dieser neuen Planungsvorhaben zu verhindern. Bereits die derzeitige gesetzliche Regelung ermöglicht es der Bildungsministerin, per Verordnung die Größe der Eingangsklassen und Schulgrößen willkürlich zu bestimmen. Infolgedessen werden immer wieder kleinere Schulen in Frage gestellt, sind existenziell gefährdet.

Daher startet Die Linke Sachsen-Anhalt eine Volksinitiative, um im Rahmen des Volksabstimmungsgesetzes eine Änderung des Schulgesetzes zu erreichen.

Konkretes, aktuelles Ziel soll die gesetzliche Festschreibung progressiver Vorgaben für die Klassenbildung und die Schulgrößen sein, so dass willkürlichen Eingriffen der Schulbehörden in die Schulnetzplanung der kommunalen Schulträger die Grundlage entzogen wird.

Der Parteitag fordert den Landesvorstand auf, dieses Vorhaben in enger Abstimmung mit Kreis- und Stadtverbänden, mit Abgeordneten der gewählten kommunalen und Kreisvertretungen sowie der Landtagsfraktion aktiv zu begleiten und zu gestalten.

Der Parteitag bittet zugleich die Genossinnen und Genossen des Landesverbandes, die Volksinitiative zu unterstützen, um einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt und künftigen Ausbau des Schulnetzes in Sachsen-Anhalt zu leisten.

Im Rahmen dieser Volksinitiative soll zugleich Bildungspolitik in ihrer grundsätzlichen Ausrichtung zur Diskussion gestellt werden. Bildungspolitik muss als politische Priorität behandelt werden. Für dieses Ziel streben wir eine aktive gesellschaftliche Unterstützung an.